



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

VORSTELLUNGEN ÜBER NATIONALE SICHERHEIT

■ ANALYSE		
Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten		2
Reinhard Krumm, Moskau		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten		4
■ KOMMENTAR		
Wie kann Deutschland die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verbessern?		14
Herrschaft des Rechts als Schlüssel zu besseren Beziehungen zu Russland		14
Philipp Große, Bonn		
Für eine Reform des westlichen Russlanddiskurses		17
Alexandra Vasileva, Berlin		
■ UMFRAGE		
Russische Selbstbilder		19
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 11. bis zum 24. Februar 2011		23



Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten

Reinhard Krumm, Moskau

Zusammenfassung

Die Sicherheitspolitik Russlands hat sich gewandelt und es stellt sich die Frage, wie die russischen sicherheitspolitischen Eliten diese Entwicklung wahrnehmen. Das Moskauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung hat gemeinsam mit dem Soziologischen Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften eine Umfrage durchgeführt, die eben dies ermitteln sollte. Das Ergebnis ist überraschend: Die nationale Sicherheit Russlands, da sind sich die Experten und Beamten einig, wird weniger von außen als von innen bedroht. Nicht Atomwaffen der USA, nicht die NATO, nicht der Iran, sondern Korruption im eigenen Staatsapparat, soziale Ungerechtigkeit und Ineffizienz der Wirtschaftspolitik bedrohen Russland im 21. Jahrhundert.

Einführung

In den letzten drei Jahren sind in der Russischen Föderation eine Reihe wichtiger Dokumente zur nationalen Sicherheit verabschiedet worden: 2008 das außenpolitische Konzept, 2009 das Sicherheitskonzept und 2010 die Militärdoktrin. Hinzu kommt der Entwurf eines Vertrages zur euroatlantischen Sicherheit im Jahr 2009, vorgelegt von Präsident Dmitrij Medwedew.

Letzterer wurde von den Staaten der EU und den USA mit sehr großem Vorbehalt aufgenommen. Zu wenig Konkretes auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Sorge, dass Russland mit dem Vorschlag einer neuen Sicherheitsstruktur von West-Kanada bis Fernost-Russland nur die Nato schwächen wolle. Nicht neue Bündnisse brauche die Welt, so die Antwort der westlichen Länder, sondern die bessere Nutzung der bereits bestehenden.

So unternahm die NATO in den vergangenen zwei Jahren, seit dem georgisch-russischen Krieg im August 2008, große Anstrengungen, um das Bündnis so auszurichten, dass Russland enger eingebunden werden kann. Das gipfelte im November 2010 in der Einladung des russischen Präsidenten nach Lissabon zur Vorstellung der neuen Nato-Strategie und dem Vorschlag über die Beteiligung Russlands an einer gemeinsamen Raketenabwehr gegen Bedrohungen von Staaten wie zum Beispiel dem Iran.

Tatsächlich ist in den vergangenen zwei Jahren eine bemerkenswerte Wandlung der russischen Außenpolitik zu beobachten. War das Land in den letzten Jahren der Präsidentschaft von Wladimir Putin international ins Abseits geraten, so trat es unter Präsident Medwedew in einen aktiven Dialog ein. Sogar Kritiker des Kremls sprechen von einem außenpolitischen Tauwetter, in Anlehnung an die kurze Reformperiode in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter dem sowjetischen Generalsekretär Nikita Chruschtschow.

Die Umfrage

Doch wie werden diese Veränderungen von der außen- und sicherheitspolitischen Elite in Russland selbst wahr-

genommen und bewertet? Welche politischen Herausforderungen werden als Bedrohung der nationalen Sicherheit angesehen, wer ist die Gefahrenquelle und welches sind die Institutionen, die für Sicherheit sorgen werden? Oder sind die Bedrohungen heute vergleichbar mit denen der Sowjetunion in der Zeit des Kalten Krieges?

Um die genannten Fragen zu beantworten, hat das Soziologische Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau eine Studie durchgeführt. Sie basiert auf der Befragung von 131 Experten, Meinungsmachern und hochrangigen Beamten aus 33 Städten der russischen Föderation, die sich in ihrer praktischen Arbeit mit Fragen der nationalen Sicherheit beschäftigen. Die Studie erhebt nicht den Anspruch repräsentativ zu sein. Gleichwohl ermöglicht sie einen Einblick in die Befindlichkeit der neben den USA potentesten Atommacht der Welt, die sich auch nach 20 Jahren Transformation in großer Unruhe ob ihrer sicherheitspolitischen Rolle in der Welt befindet.

Die Ausgangslage

Gut ein Viertel der sicherheitspolitischen Elite bewertet die nationale Sicherheit als niedrig (24 %) oder sehr niedrig (3 %), geht also von einer starken Bedrohung aus. Hinzu kommt ein gutes Drittel, das immer noch ein erhöhtes Risiko erkennt. Ein weiteres Drittel bewertet die Sicherheitslage als mittelmäßig, nur 8 % glauben an ein niedriges Sicherheitsrisiko. Mit anderen Worten, knapp zwei Drittel beschreiben das Niveau der nationalen Sicherheit in Russland als unbefriedigend (vgl. Grafik 1 auf S. 4).

Dabei stimmen fast alle Gruppen überein: sowohl die wissenschaftlichen Experten, die Meinungsmacher, die bis zu 45jährigen, die Altersgruppe der 46- bis 55jährigen und die über 55jährigen, sowie die Einwohner der Stadt Moskau. Allein die Beamten sowie die Befragten aus den Regionen schätzen die Sicherheitslage deutlich besser ein. Ein interessantes Ergebnis, gehen Beobachter im Westen doch davon aus, dass

gerade die Ebene der Fachbeamten die Sicherheitslage eher kritisch sieht (vgl. Grafik 2 auf S. 5).

Diese Beobachtung bestätigt sich bei den Antworten auf die Frage, inwieweit sich die nationale Sicherheitslage in den letzten drei bis fünf Jahren verändert hat. Während fast zwei Drittel der wissenschaftlichen Experten und die Meinungsmacher eine Verschlechterung ausmachen, so teilen nur 35 % der Fachbeamten diese negative Einschätzung. Im Gegenteil, 36 % von ihnen sehen eine Verbesserung, dreimal so viel wie bei den Meinungsmachern (12 %) und den Wissenschaftlern (14 %) (vgl. Grafik 3 auf S. 5 und 4 auf S. 6).

Die verschiedenen Formen der Bedrohung

Auf einer Skala von +3 bis -3 geben die Experten nur der Energie- und der Staatssicherheit insgesamt eine positive Bewertung, +0,7 und +0,4. Alle anderen Bereiche werden als negativ, also als unsicher gewertet. Das beginnt mit der Sicherheit im Bereich Religion (-0,1) über die Sicherheit des Lebens (-1) und endet bei der Gesundheitsversicherung und dem Schutz des Lebens (-1,4). Die militärische Sicherheit wird neutral mit 0 bewertet, die Gefahr von Terror mit -1,1 (vgl. Grafik 5 auf S. 6).

Schauen wir genauer auf die Umfrage, so erkennt der geneigte Leser, dass von der Dringlichkeit ein Thema herausragt im Bedrohungspotential: »Korruption in den Machtorganen und administrativen Strukturen«. Es folgen in der nächsten Gruppe weitere 15 Bedrohungen. Von ihnen sind drei der äußeren Bedrohung zuzuordnen (Terror, Drogen und Kaukasuskonflikte). Alle anderen repräsentieren rein innenpolitische Probleme wie Rückstand im Bereich Innovation und Modernisierung der Wirtschaft, soziale Ungleichheit, niedriges Bildungsniveau sowie Zerstörung von Wald- und Wassergebieten (vgl. Tabelle 1 auf S. 7–9).

Die Autoren der Studie haben die Antworten innerhalb von drei verschiedenen Gruppen untersucht:

- Drei Statuskategorien: Fachexperten, Meinungsmacher und Fachbeamte;
- Drei Alterskategorien: jünger als 45, 46–55 und älter als 55;
- Zwei geographische Kategorien: Zentrum und Regionen.

Daraus ergibt sich folgendes Bild. Für die erste Gruppe gilt allgemein, dass Meinungsmacher und Fachexperten meist übereinstimmen, die Fachbeamten dagegen allein dastehen. Bei den Altersgruppen ist zu beobachten, dass die 46 bis 55jährigen und die über 55jährigen die Bedrohungen in etwa so einschätzen wie der Durchschnitt der Fachexperten und Meinungsmacher. Die Jüngeren weichen davon ab, denn sie erkennen eine »feindliche Einkreisung« ihres Landes, glau-

ben weder an eine »Krise der Kultur und Werte« noch an eine Entwicklung Richtung »Antidemokratie« (vgl. Grafik 6 auf S. 9 und 7 auf S. 10).

In der dritten Gruppe fällt auf, dass die Moskauer Befragten bei keiner der angesprochenen Themen sehr positiv oder negativ reagieren. Ganz anders die Regionen: Besonders besorgt sind sie bei der »feindlichen Umkreisung« und der »Krise der Kultur und Werte«, weniger besorgt bei den Themen »Antidemokratie« und »Strukturelle Probleme der Wirtschaft«. Gerade die Zufriedenheit der Befragten in den Regionen bezüglich der Wirtschaftsstruktur ist erstaunlich vor dem Hintergrund eines zentralistischen Staates, der sowohl seinen politischen aber eben auch seinen wirtschaftlichen Einfluss in den Gebieten verstärkt hat (vgl. Grafik 8 auf S. 10).

Im Bereich der Außenpolitik werden die von Moskau dominierten oder zumindest mitgetragenen Organisationen wie die Organisation des Vertrages für kollektive Sicherheit (OVKS), Schanghai Organisation für Kooperation (SchOS) und die Eurasiatische Wirtschaftsgemeinschaft (EAW) am positivsten bewertet, dann folgen Organisationen wie die Uno und die G8, und die positive Bewertung endet mit internationalen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch, dem Europa-Rat und Greenpeace. Es folgen, mit einer leicht negativen Bewertung, Weltbank und Internationaler Währungsfond. Die Liste endet mit der negativ bewerteten Organisation NATO und dann, mit weitem Abstand, mit dem Terrornetzwerk Al-Quaida (vgl. Tabelle 2 auf S. 11).

Erstaunlich ist die relativ positive Einschätzung der NGOs, deren Rolle von gut einem Drittel der Befragten als positiv bewertet wurde und nur von 5 % als negativ. Freilich hält die Mehrzahl der Befragten den Einfluss der Bürgergesellschaft auf die Erhaltung der nationalen Sicherheit für völlig unbedeutend. Eine solche Bewertung wäre noch vor wenigen Jahren, nach den Erfahrungen der bunten Revolutionen in den Nachbarländern Georgien und der Ukraine, sehr anders ausgefallen (vgl. Grafik 9 auf S. 12).

Umso mehr werden staatliche Institutionen wie der Sicherheitsdienst (Auslandsaufklärung), der Präsident und die militärische Aufklärung GRU bei der Verteidigung der nationalen Sicherheit anerkannt. Institutionen wie der Föderationsrat und die Duma erhalten wie üblich eine kritische Einschätzung. An letzter Stelle, und das ist sicherlich Resultat der vielen Skandale der letzten Monate, steht das Innenministerium. Im Umkehrschluss bedeutet dieses Resultat, dass aufgrund der guten Arbeit der Sicherheitsdienste Gefahr von außen gebannt ist, die innere jedoch nicht.

Die Aussichten

Die nationale Sicherheit Russlands, da sind sich die Experten und Beamten einig, wird weniger von außen als von innen bedroht. Nicht Atomwaffen der USA, nicht die NATO, nicht der Iran, sondern Korruption im eigenen Staatsapparat, soziale Ungerechtigkeit und Ineffizienz der Wirtschaftspolitik bedrohen Russland im 21. Jahrhundert. Diese Wahrnehmung unter Experten ist zwar völlig nachzuvollziehen, in ihrer Ehrlichkeit aber überraschend.

Experten warnen in der russischen Presse vor einer »Demodernisierung Russlands«. Damit stellen sie das Konzept der Modernisierung des Präsidenten

Medwedew in Frage und warnen davor, dass nicht nur der Fortschritt im Lande in Gefahr ist, sondern sogar der status quo, der ohnehin auf zu niedrigem Niveau liegt.

Die Studie zeigt auch auf, dass die Kooperation zwischen Staat und Expertenwelt noch zu wünschen übrig lässt. Anders sind die Differenzen zwischen Fachbeamten und Fachexperten nicht zu erklären. Positiv stimmt die Anerkennung der Zivilgesellschaft, auch wenn zu überprüfen wäre, welche Art von Zivilgesellschaft die Staatsdiener gemeint haben – jene, die die Sozialaufgaben des Staates übernimmt, oder die, welche den kritischen Dialog mit dem Staat sucht.

Über den Autor

Reinhard Krumm ist Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland und Lehrbeauftragter für russische Geschichte an der Universität Regensburg.

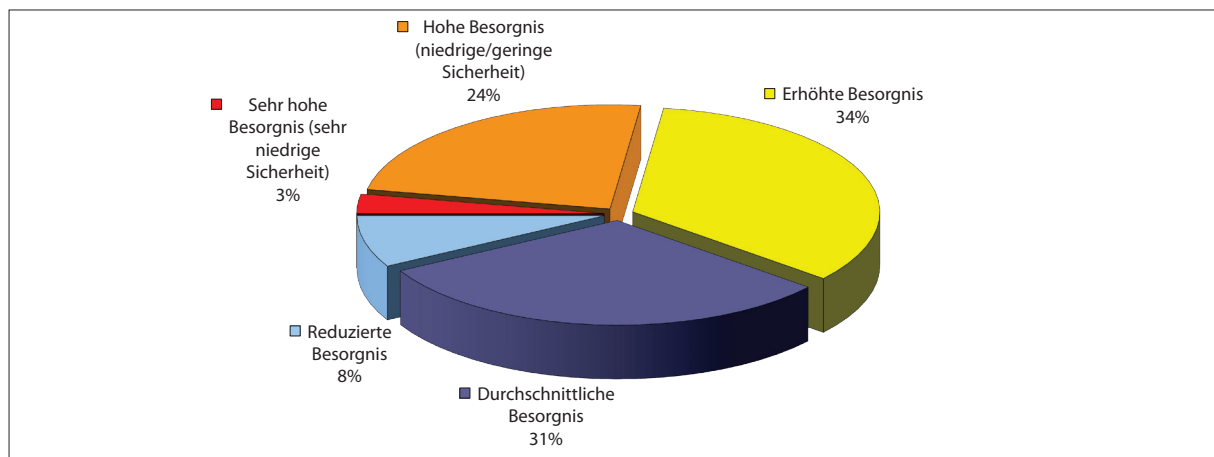
Lesetipp

Der vollständige Text der Umfrage findet sich auf Russisch im Internet: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010]. http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

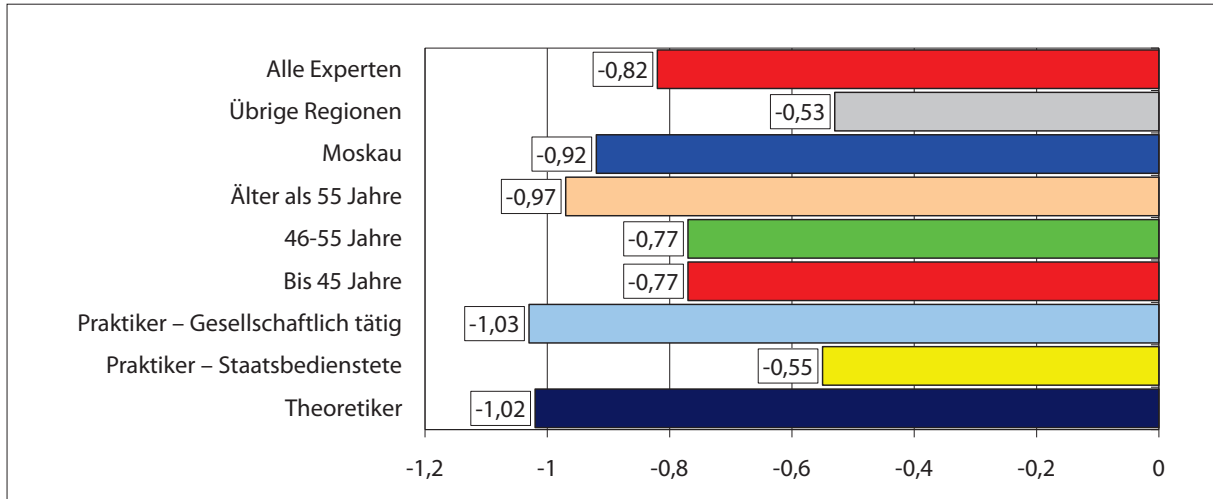
Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten

Grafik 1: Wie schätzen Sie die nationale Sicherheit im Ganzen heute ein? Welches Besorgnisniveau würden Sie wählen?



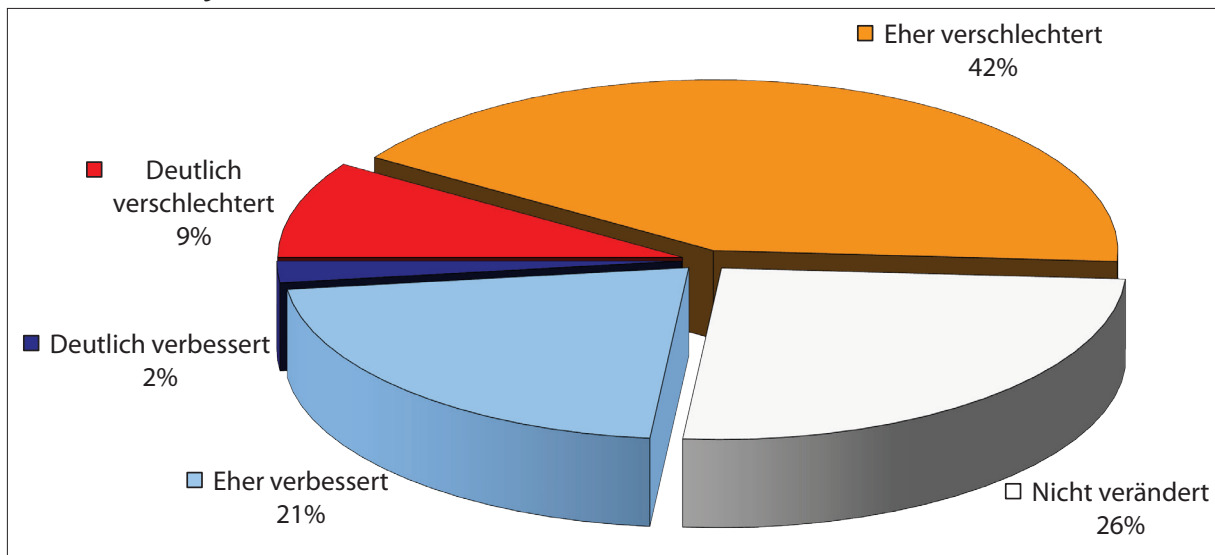
Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 2: Wie schätzen Sie die nationale Sicherheit im Ganzen heute ein? Welches Besorgnisniveau würden Sie wählen? (Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von -3 bis 3)



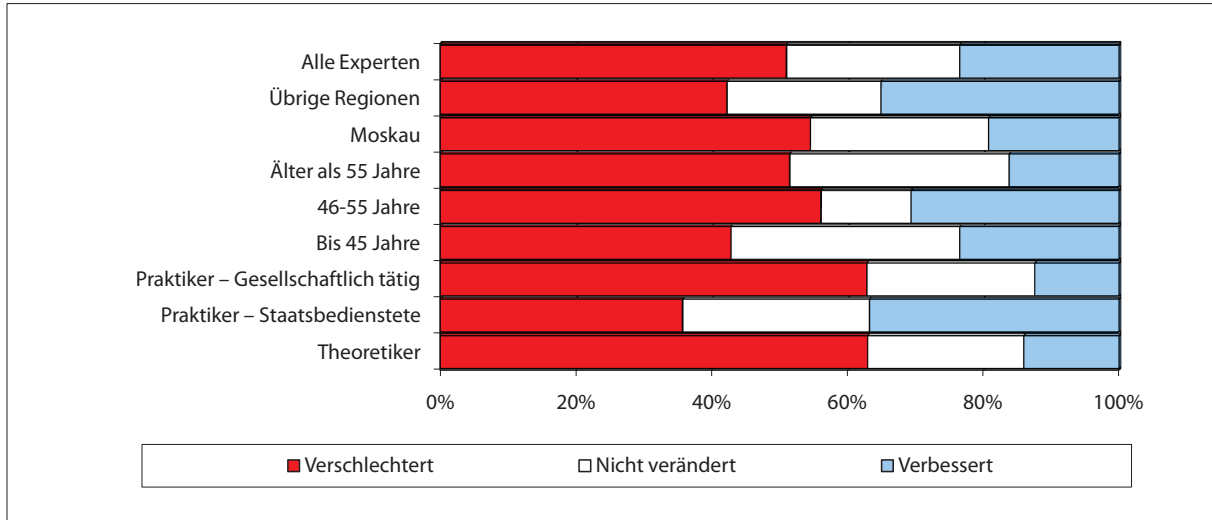
Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 3: Wie hat sich Ihrer Meinung nach die nationale Sicherheit Russlands in den letzten 3–5 Jahren verändert?



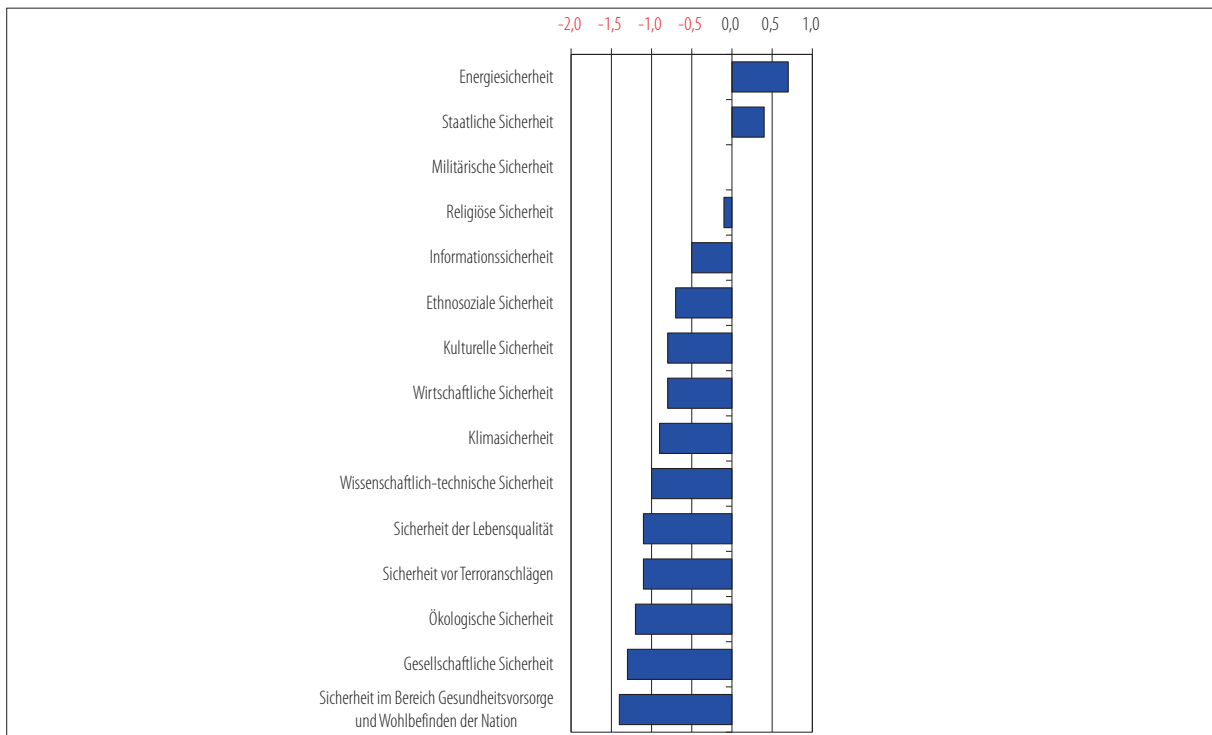
Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 4: Wie hat sich Ihrer Meinung nach die nationale Sicherheit Russlands in den letzten 3–5 Jahren verändert? (Nach Expertenkatgorie)



Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 5: Bewerten Sie bitte das Niveau der nationalen Sicherheit Russlands bezüglich der aufgelisteten Katgorien (Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von -3 bis +3)



Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Tabelle 1: Welche der folgenden Bedrohungen verlangen eine vorrangige Aufmerksamkeit durch staatliche und spezialisierte Behörden? (Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von 1 bis 7)

Bedrohung	Durchschnittliche Bewertung	Rang
Korruption in den russischen Regierungsbehörden/Organen der Staatsmacht und Verwaltungsstrukturen	6,1	1
Hoher Verschleiß der Grundfonds in der Industrie	5,9	2
Rückstand Russlands zu den führenden Ländern in den Bereichen Innovation und Modernisierung der Wirtschaft	5,8	3
Bevölkerungsrückgang, Entvölkerung, Degeneration	5,6	4
Beibehaltung des Rohstoffexport-Modells zur Entwicklung der Wirtschaft	5,6	5
Aktivierung terroristischer Aktivitäten	5,5	6
Unterschiede im Lebensstandard unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (Bewohner von Städten und Dörfern, unterschiedlicher Regionen, Reiche und Arme usw.)	5,4	7
Illegaler Handel von Rauschmitteln und Psychopharmaka, Waffen, Munition, Sprengstoff	5,4	8
Hohe Abhängigkeit wichtiger Wirtschaftsbereiche von außenwirtschaftlichen Konjunktoren	5,2	9
Geringe Ausbildungsqualität	5,2	10
Vernichtung der Wälder, Rückgang und Verschmutzung von Wasserressourcen (Flüsse, Seen)	5,2	11
Verwicklung Russlands in einen lange andauernden Konflikt im Kaukasus.	5,1	12
Abwanderung von Spezialisten ins Ausland	5,1	13
Rückgang des Lebensniveaus der Bevölkerung	5,1	14
Ausbreitung »sozialer Krankheiten« – AIDS-Infektionen, Tuberkulose, Drogensucht, Alkoholismus	5,0	15
Genetische Degeneration des Volkes	5,0	16
Verlust moralischer Werte, Sittenlosigkeit	4,8	17
Anthropogene Katastrophen	4,8	18
Zunahme krimineller Übergriffe gegen Personen und Eigentum	4,8	19
Verletzung von Verfassungsrechten und Freiheiten der Staatsbürger	4,7	20
Globale Wirtschafts- und Finanzkrise	4,7	21
Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Brände, Erdbeben usw.)	4,6	22
Zunahme sozialer Unzufriedenheit in der Bevölkerung	4,5	23
Krise familiärer Werte	4,5	24
Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums	4,5	25
Ungenügende Effektivität staatlicher Regulierung der Volkswirtschaft	4,4	26
Arbeitslosigkeit	4,4	27
Anspannung in den internationalen Beziehungen	4,4	28
Verlust der nationalen Eigenart und Tradition	4,4	29
Wachsende wirtschaftliche und militärische Macht Chinas	4,3	30
Zunahme von Atomwaffenstaaten	4,3	31

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 1: Welche der folgenden Bedrohungen verlangen eine vorrangige Aufmerksamkeit durch staatliche und spezialisierte Behörden? (Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von 1 bis 7) (Fortsetzung)

Bedrohung	Durchschnittliche Bewertung	Rang
Erhalt einer bedeutenden Zahl umweltschädlicher Unternehmen	4,3	32
Fehlen eines Gefühls des Kollektivismus, gegenseitiger Hilfe, extremer Individualismus	4,3	33
Zunahme an Immigranten, die sich unsere Kultur, Sprache und Lebensstil nicht aneignen können	4,3	34
Zunehmender Einfluss des Islams	4,2	35
Bankenkrise, Bankrott, Verlust von Einlagen und Ersparnissen	4,1	36
Globale Klimaveränderungen	4,1	37
Verschlechterte Beziehung zu den ehemaligen Republiken der UdSSR	4,1	38
Verstärkte zwischenstaatliche Konkurrenz um knappe Rohstoff-, Energie-, Wasser- und Lebensmittelressourcen	4,1	39
Demokratierückschritte in der russischen Föderation, Errichtung eines autoritären Regimes	4,1	40
Existenz und mögliche Eskalation bewaffneter Konflikte in der Nähe der russischen Staatsgrenze	4,0	41
Kontrollverlust über nationale Ressourcen	4,0	42
Unerlaubte Weitergabe konkurrenzfähiger eigener Technologien ins Ausland	3,9	43
Verletzung der Einheit und territorialen Gesamtheit Russlands	3,9	44
Spaltung in der russischen politischen Elite, Machtkampf unterschiedlicher Einflussgruppen	3,9	45
Informationskrieg anderer Staaten gegen Russland	3,9	46
Beibehaltung des Vorsprungs an Lebensniveau und -qualität in den entwickelten Ländern	3,9	47
Erreichen eines dominierenden militärischen Vorsprungs durch andere Staaten	3,8	48
Annäherung militärischer Infrastruktur von NATO Mitgliedsländern an die russische Staatsgrenze, unter anderem durch Ausweitung des Militärbündnisses	3,8	49
Versuche, die Sichtweise auf die Geschichte Russlands, seine Rolle und Platz in der weltweiten Geschichte, zu verändern	3,8	50
Übermäßige staatliche Einmischung in die Wirtschaft und unternehmerische Tätigkeit	3,8	51
Aufklärungs- und andere Tätigkeiten spezieller Dienste und Organisationen ausländischer Staaten und einzelner Personen, die darauf gerichtet sind, der Sicherheit Russlands zu schaden	3,7	52
Verschlechterung der Beziehung mit den USA und dem Westen insgesamt	3,6	53
Territoriale Forderungen an Russland und seine Verbündete, Einmischung in innere Angelegenheiten	3,6	54
Ergreifen diskriminierender Maßnahmen und das Anwachsen unlauterer Konkurrenz gegenüber Russland	3,6	55
Katastrophale Missernte	3,6	56

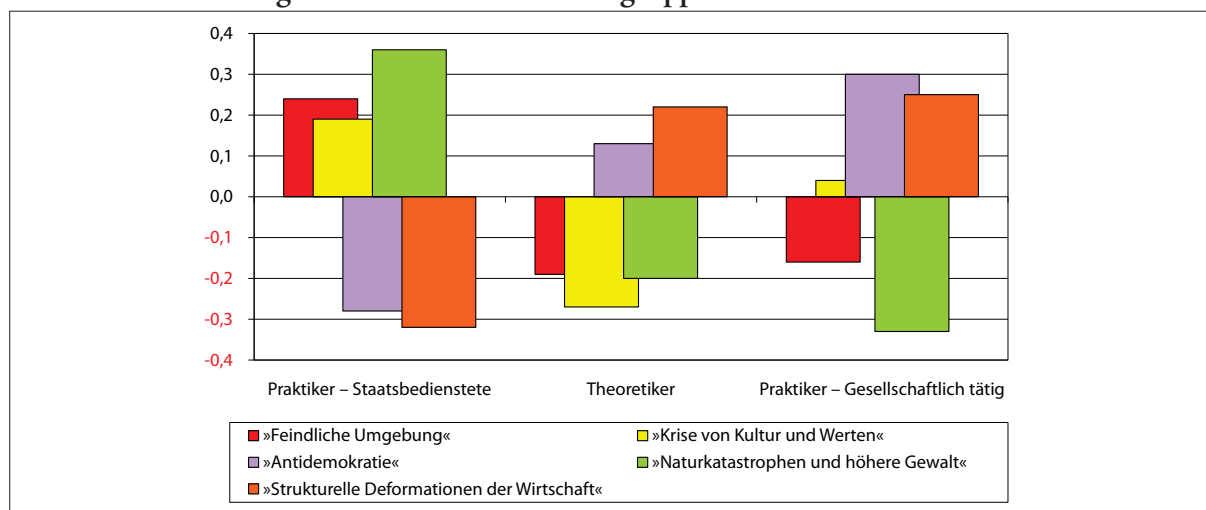
(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 1: Welche der folgenden Bedrohungen verlangen eine vorrangige Aufmerksamkeit durch staatliche und spezialisierte Behörden? (Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von 1 bis 7) (Fortsetzung)

Bedrohung	Durchschnittliche Bewertung	Rang
Russlands Verlust des Weltmachtstatus	3,5	57
Auftreten großer Epidemien und Pandemien	3,4	58
Destabilisierung in einzelnen Weltregionen, Schädigung der strategischen Stabilität	3,3	59
Defizit an energie-, wasser- und biologische Ressourcen in Russland	3,0	60
Atheismus, grober Materialismus, fehlende Geistigkeit	3,0	61
Militärischer Überfall durch andere Staaten	2,9	62
Wachsender Einfluss der Kirche auf Staat und Gesellschaft	2,9	63
Möglichkeit einer internationalen Isolierung Russlands	2,8	64
Aktivitäten »totalitärer Sekten«, unterschiedlichster Abenteurer, selbsternannter »Retter« und »Heilpraktiker«	2,8	65
Wachsender Einfluss des Katholizismus und anderer nicht orthodoxer Formen christlicher Religionen	2,7	66
Destabilisierung der innenpolitischen und sozialen Situation im Land, gewaltsame Veränderung der Grundlagen der Verfassungsordnung	2,7	67
Tätigkeit geschlossener elitärer Gemeinschaften, »Weltregierung« (Bilderberg Club, Bohemian Club u. a.)	2,6	68
Bürgerkrieg in Russland	2,5	69
Zionismus, jüdische Verschwörung, Tätigkeit von Freimaurern	2,1	70

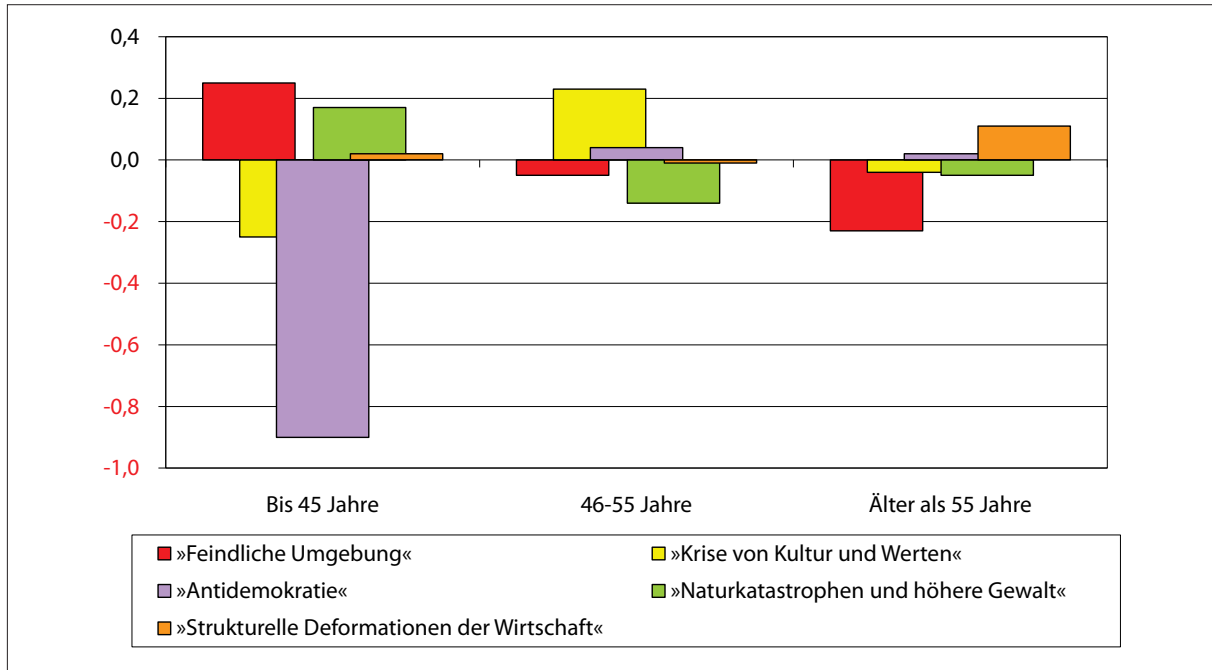
Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudničestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 6: Bedeutung der Faktoren nach Berufsgruppen



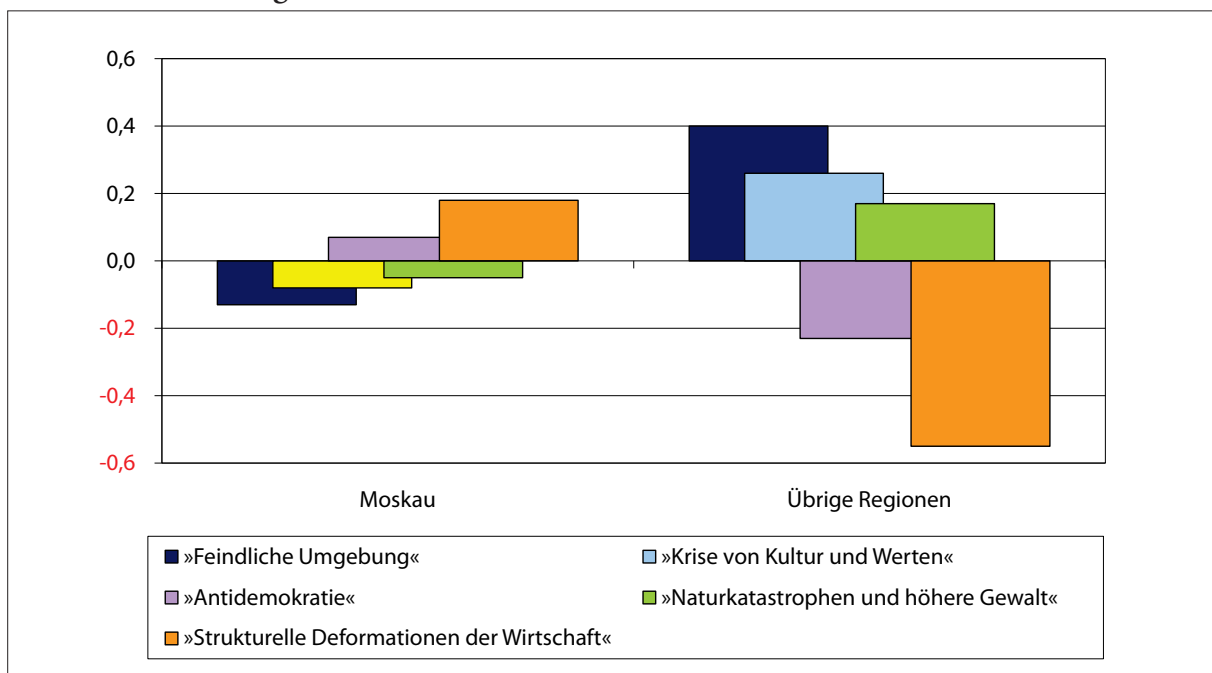
Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudničestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 7: Bedeutung der Faktoren nach Alter



Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analitičeskij doklad. Podgotowlen w sotrudničestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 8: Bedeutung der Faktoren nach Wohnort



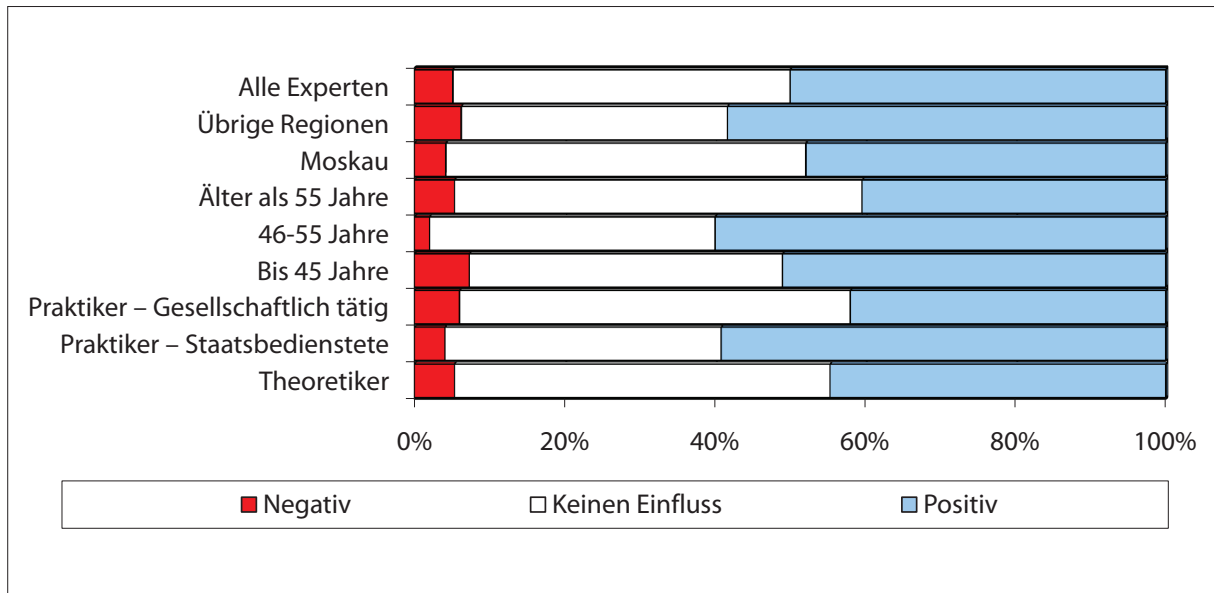
Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analitičeskij doklad. Podgotowlen w sotrudničestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Tabelle 2: Bewerten Sie bitte den Einfluss der aufgelisteten militärischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Organisationen auf den Zustand der nationalen Sicherheit Russlands. (Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von -3 bis + 3)

Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)	1,2
Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)	1,2
Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG)	1,1
Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)	1,1
UNO	1,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	1,0
Unionsstaat Russland und Weißrussland	1,0
G20	0,9
Internationale Atomenergie Agentur (IAEA)	0,9
Asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC)	0,9
G8	0,9
Interpol	0,6
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE)	0,6
Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN)	0,5
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	0,4
World Wildlife Fund (WWF)	0,3
Internationale Menschenrechtsorganisationen (Amnesty International, Human Rights Watch u. a.)	0,3
Europarat	0,3
Greenpeace	0,3
Organisation erdölexportierender Länder (OPEC)	0,2
World Trade Organisation (WTO)	-0,1
Liga der arabischen Staaten	-0,1
Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung (GUAM)	-0,1
Weltbank	-0,2
Internationaler Währungsfond (IMF)	-0,3
Geschlossene elitäre Gemeinschaften, »Weltregierung« (Bilderberg Club, Bohemian Club u.a.)	-0,6
NATO	-0,8
Internationale Terroristische Organisationen (Al-Qaida u. a.)	-1,9
Auslandsnachrichtendienst (der Russischen Föderation (RF))	1,3
Präsident der RF	1,2
Generalstab des Verteidigungsministeriums RF	1,1
Katastrophenschutzministerium Russlands	1,1
Außenministerium RF	1,0
Föderaler Sicherheitsdienst RF	1,0
Sicherheitsrat RF	0,6
Nationales Terrorbekämpfungs-Komitee	0,4
Verteidigungsministerium RF	0,3
Föderaler Dienst zur Rauschgiftkontrolle	0,1
Föderationsrat RF	-0,1
Staatsduma RF	-0,1
Innenministerium RF	-0,3

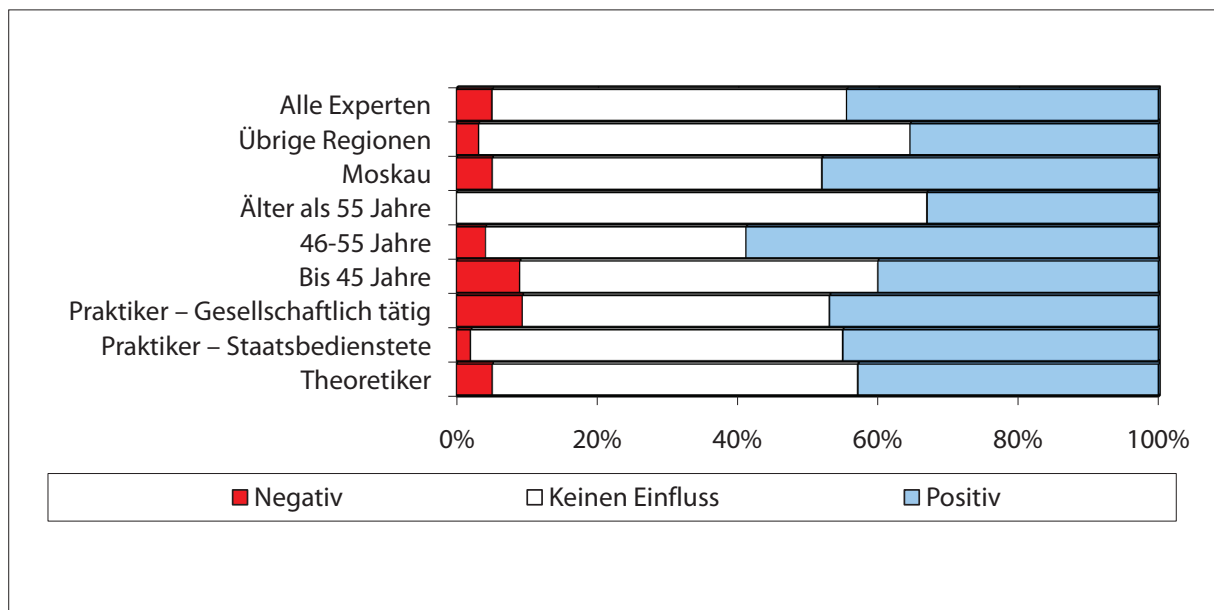
Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitscheschewje s Predstawitelstvom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 9: Welchen Einfluss haben Einrichtungen auf die Gewährleistung nationaler Sicherheit der Zivilgesellschaft? (nach Expertenkatgorie)



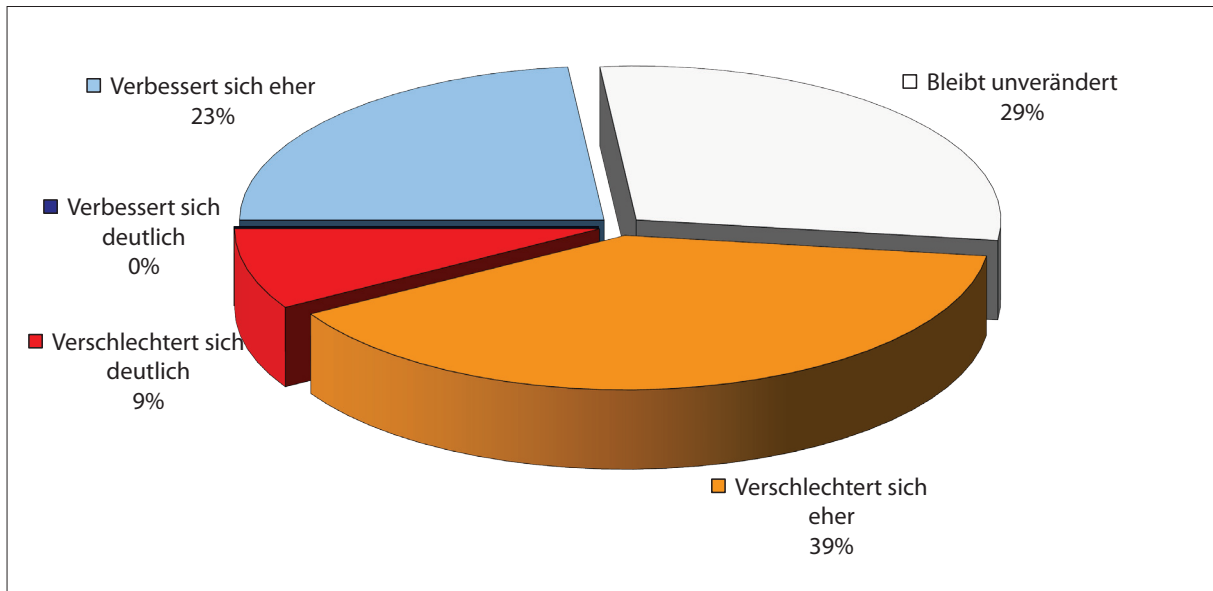
Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstvom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 10: Welchen Einfluss hat die öffentliche Meinung auf die Entscheidungen über nationale Sicherheit?



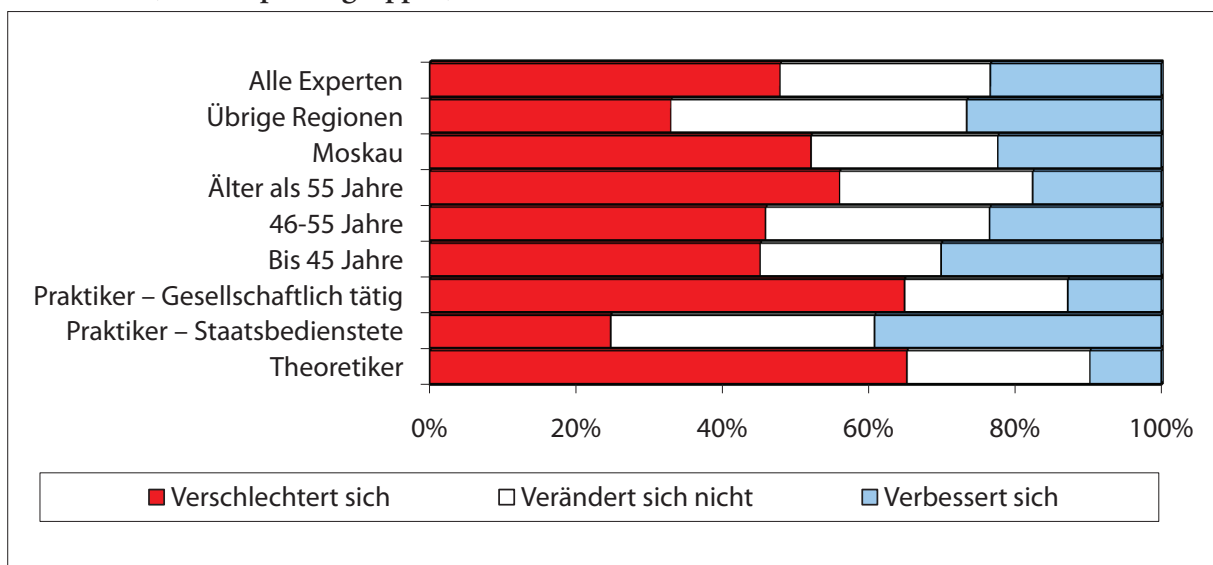
Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstvom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 11: Wie verändert sich die nationale Sicherheit Russlands in den nächsten 3–5 Jahren?



Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Grafik 12: Wie verändert sich die nationale Sicherheit Russlands in den nächsten 3–5 Jahren? (nach Expertengruppen)



Quelle: Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: Nazionalnaja besopasnost Rossii w ozenkach ekspertow. Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa – 2010 g. [Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften: Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Analytischer Bericht, Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau 2010] http://narod.ru/disk/1096701001/Nationale%20Sicherheit%20Russlands_Expertensicht.doc.html

Wie kann Deutschland die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verbessern?

Die *atlantic-community.org*, eine Online Denkfabrik für internationale Beziehungen, hat mit Unterstützung der US-Botschaft einen Ideen-Wettbewerb für Studierende an deutschen Universitäten durchgeführt. Die beiden im folgenden publizierten Essays von Philipp Große und Alexandra Vasileva kamen in die engere Auswahl. Philipp Große hat in der Endausscheidung den ersten Preis in der Kategorie »Russland und der Westen« gewonnen. Beide Artikel wurden in der englischen Originalfassung auf der Website von *atlantic-community.org* veröffentlicht http://www.atlantic-community.org/index/view/Policy_Workshop%3A_Improving_Russian-Western_Relations_.

Herrschaft des Rechts als Schlüssel zu besseren Beziehungen zu Russland

Philipp Große, Bonn

Zusammenfassung

Ohne die Förderung von Regierungsverantwortlichkeit und rechtsstaatlicher Garantien wird es dem Westen nicht möglich sein, auf Dauer mit Russland Handel zum beiderseitigen Vorteil zu treiben. Der Fokus westlicher Bemühungen sollte auf der Bevölkerung liegen, nicht auf einer Elite, auf die im Ernstfall wenig Verlass sein mag. Eine Modernisierung des öffentlichen Dienstes in Russland wird auf lange Sicht den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen ermöglichen und mittelbar auch dem Westen nutzen. Der NATO kommt eine entscheidende Rolle zu, als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Ost- und Mitteleuropas zu garantieren. Schlussendlich muss sich Deutschland klar im westlichen Lager positionieren und darf nicht der Versuchung erliegen, eine Position der Äquidistanz einzunehmen. Nur ein Bewusstsein für die eigenen Werte wird Deutschland Glaubwürdigkeit auf allen Seiten verleihen und helfen, zu besseren Beziehungen des Westens zu Russland beizutragen.

Langfristig denken: der deutsche Russlanddiskurs greift zu kurz

Eine auf bessere Beziehungen zwischen Russland und dem Westen angelegte Strategie muss für den Fall unvorhersehbarer, tiefgreifender Ereignisse in Russland und im Westen Vorsorge treffen. Die Politik des Westens muss daher den Spagat versuchen, sich auf kurzfristige Veränderungen einzustellen, ohne langfristige Ziele aus den Augen zu verlieren. Eine allein auf die gegenwärtige russische Führung ausgerichtete Strategie greift mithin zu kurz: Ein Wechsel des Führungspersonals oder tiefgreifende Veränderungen in den politischen Machtstrukturen mögen aus Gründen eintreten, denen keine rechtzeitige Beachtung geschenkt wird. Stattdessen ist von Seiten des Westens ein breiter Ansatz zu wählen. Um auf Zeiten der Ungewissheit vorbereitet zu sein, sollte auf die russische Zivilgesellschaft als Partner gesetzt werden.

Die deutsche Debatte über den Zustand und die Zukunft Russlands verengt sich zuweilen auf die Aussage, ein Land von der Größe Russlands könne nicht an westlichen Standards hinsichtlich demokratischer und bürgerlicher Freiheitsrechte gemessen werden. Die

Konzentration von politischer, wirtschaftlicher und medialer Macht müsse daher hingenommen werden. Deutschlands Rolle beschränke sich deshalb auf die eines Handelspartners, der – im Stillen auf Besserung hoffend – nur die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen anprangern könne.

Dieser Politikansatz hat für einen kontinuierlichen Fluss von russischem Erdgas als »saubere« Energie für den Industriestandort Deutschland sowie umgekehrt für einen nachhaltigen Devisenfluss auf die Konten russischer Oligarchen und des russischen Staates gesorgt. Natürlich, die entstandenen Handelsströme haben Arbeitsplätze und Einkommen in Russland geschaffen, eine nicht am Gängelband des Staates und seiner Günstlinge geführte Rohstoffindustrie hätte aber weit größeren sozio-ökonomischen Nutzen stiften können. Paradoxerweise hat das beschriebene Geschäftsmodell gleichzeitig für mehr und für weniger Freiheit in Russland gesorgt: Russische Verbraucher genießen eine nie dagewesene Vielfalt im Waren- und Dienstleistungsangebot – eine begrüßenswerte Entwicklung. Dagegen haben die bürgerlichen Freiheiten und die Rechtsstaatlichkeit durch die Konzentration von politischer und wirtschaftlicher

Macht in wenigen Händen schwer gelitten. Der »Fluch des Öls« hat auch Russland nicht verschont.

Für ein neues russisches Wirtschaftsmodell

Der Austausch von Öl und Erdgas gegen Devisen kann nicht auf Dauer für Frieden und Stabilität in den Beziehungen zwischen beiden Seiten sorgen. Eine auf die Ausbeutung von Bodenschätzen und ineffiziente Schwerindustrien angewiesene russische Wirtschaft ist anfällig für exogene Schocks – niemand kann vorhersehen, ob die Nachfrage nach den entsprechenden Produkten künftig wächst oder sinkt. Neue Technologien und das sich immer rascher wandelnde Konsumverhalten mögen die Nachfrage nach fossilen Energieträgern rascher schrumpfen (oder zumindest langsamer wachsen) lassen als erwartet. Technischer Fortschritt wird nicht von staatlichen oder privatwirtschaftlichen Fünf-Jahres-Plänen diktiert, sondern ist das Ergebnis plötzlicher und oft zufällig wirkender Entwicklungen. Zurzeit mag das russische Wirtschaftsmodell ausreichend Mittel erwirtschaften, um einen großen Teil der Bevölkerung zufrieden zu stellen und den Ruf nach politischen Reformen zu dämpfen. Doch daraus lässt sich nicht auf die Zukunft schließen.

Auch aus westlicher Sicht kann kein Interesse an einer großen Volkswirtschaft im Osten bestehen, die abhängig von dieser Art Einkünfte ist. Denn wenn Öl und Gas ihren derzeitigen Wert verlieren, werden die schon jetzt existierenden sozialen Probleme Russlands überhand nehmen und drohen, das Land in eine demographische und wirtschaftliche Katastrophe zu stürzen. Zieht sich unter diesen Umständen der Staat außerhalb der großen Städte aus der Daseinsvorsorge zurück, wird sich das entstehende Vakuum nicht nur negativ auf Russland und seine verbleibende Bevölkerung, sondern auch auf seine Nachbarn auswirken.

Dieser Unsicherheit muss Rechnung getragen werden, wenn die Beziehungen des Westens zu Russland besser werden sollen. Wir sollten daher nicht auf eine kontinuierlich fortgeschriebene Herrschaft von Präsident Medwedew oder Ministerpräsident Putin und geistesverwandter Nachfolger setzen. Auch können wir nicht grenzenlos auf Amerikas Bereitschaft bauen, für die Folgen einer kurzsichtigen europäischen Politik einzustehen – die Vereinigten Staaten mögen künftig ihre Prioritäten auf den pazifischen Raum und die innere Erneuerung verlegen. Wir können nicht den europäischen Energiebedarf im Jahre 2050 vorhersehen. All diese Gründe sprechen dagegen, zur langfristigen Verbesserung unserer Beziehungen zu Russland auf persönliche Harmonie zwischen Ministern und gigantische Energieprojekte zu setzen. Gerade letztere werden abrupten Wandel behindern.

Eine neue Strategie für Deutschland

Wie kann sich Deutschland unter diesen Umständen ausrichten? Prinzipiell ist gegen ökonomische Interessen als Richtschnur auswärtiger Politik nichts einzuwenden, basiert Handel doch letztlich auf gegenseitigen, freien Nutzenerwägungen. Dennoch muss Deutschland seine Handelsinteressen in Russland (zu denen einstweilen auch die Versorgung mit fossilen Energieträgern gehört) an seine Werte als demokratischer Rechtsstaat binden, wenn es langfristig in der Lage sein will, überhaupt Handelsinteressen in Russland wahrzunehmen. Nur ein selbstbewusstes und aufgeklärtes Bürgertum ist in der Lage, in Zeiten einer Führungskrise eine freiheitliche Demokratie zu errichten und den Versprechungen von Demagogen zu trotzen. Dies gebietet es, die Überzeugung der russischen Bürger von der Möglichkeit einer dem Volk verantwortlichen und sich Recht und Gesetz unterordnenden Regierung zu stärken. Millionen Menschen Hoffnung auf ein nicht nur materiell besseres Leben zu machen, ist die beste Versicherung gegen plötzliche Veränderungen in den russischen Machtstrukturen.

Wie aber diese Hoffnung erwecken und am Leben erhalten, gar über viele Jahre? Verschiedene direkte und indirekte Maßnahmen scheinen dazu angeraten.

- Als Vertragsstaat der Europäischen Menschenrechtskonvention ist Russland verpflichtet, deren Rechtsgarantien einzuhalten – nicht nur das Gericht in Straßburg, auch Deutschland und seine Partner sollten die russische Führung öffentlich und nicht-öffentlich daran erinnern, dass nur eine unabhängige Justiz Konventionen und Gesetze mit Geist ausfüllen kann.
- Treffen hochrangiger deutscher Regierungsmitglieder mit russischen Oppositionsmitgliedern sollten Teil von Staatsbesuchen in Russland sein, wenn diplomatische Kontakte allein keinen Fortschritt versprechen. Wenn die russische Regierung Kontakt zur hiesigen Opposition pflegen darf (und durchaus auch soll), sollte dies auch umgekehrt möglich sein.
- Die russisch-sprachigen Angebote der Deutschen Welle müssen ausgebaut werden, um einen kritischen, nicht-propagandistischen Gegenstandspunkt zum nachgeraden Meinungsmonopol des Kremls im Bereich der klassischen Medien zu bieten.
- Angebot vertiefter technischer Kooperation: Beispielsweise im Gesundheitswesen, der Justiz, beruflichen Bildung und im Umweltschutz können Deutschland und seine westlichen Partner Russland mit Wissen, nicht unbedingt mit Geld, dabei unterstützen, nachhaltige Verbesserungen einzuleiten.

Sicher, dieser Ansatz wird keine netten Bilder von Treffen auf höchster Ebene zwischen den Staats- und Regie-

rungschefs produzieren. Ganz im Gegenteil, er wird hitzigen Streit mit der russischen Führung provozieren. Gerade das Angebot technischer Unterstützung dürfte aber das Erregungspotential verringern, auch um den notwendigen Preis, dass eintretende Verbesserungen die Machtbasis der derzeitigen Führung zumindest auf kurze Sicht noch stärken werden. Als Beispiel für die unvermeidlichen Zielkonflikte sei nur das russische Gefängniswesen genannt: Eine Runderneuerung des Systems wäre einerseits geeignet, das Los der Häftlinge zu verbessern und positive Effekte auf die Gesellschaft außerhalb der Mauern zu zeigen. Die Frage ist daher, ob wir mit Unterstützung für die Modernisierung der gesellschaftlichen Institutionen in Russland warten wollen, bis eine demokratisch gewählte und an Fortschritt interessierte Regierung im Kreml sitzt. Wohl kaum: Eine derartige Regierung wäre mit der schieren Masse der aufgeschobenen Probleme überfordert und müsste die Erwartungen ihrer Wählerschaft enttäuschen. Dies könnte auch in Erinnerung an die Krisen der 1990er Jahre das Ende der Idee einer an westlichen Werten orientierten Demokratie in Russland bedeuten.

Indirekte Maßnahmen sollten zuvorderst nicht von Regierungen, sondern gesellschaftlichen Gruppen und Einrichtungen getragen werden. Universitäten, Forschungsinstitute und private Vereinigungen sollten ermutigt werden, stärkere Verbindungen zu ihren Gegenstücken auf russischer Seite einzugehen. Der Transfer von Wissen und Ideen, wie auch die Bildung persönlicher Beziehungen auf individueller Ebene dürften Vorbehalte abbauen und deutlich machen, dass der Westen nicht das Ziel einer Bevormundung Russlands verfolgt. Dieser Ansatz sollte einhergehen mit einer Stärkung unternehmerischen Denkens und Handelns. Nicht nur wäre dies geeignet, Russland langsam aus der Abhängigkeit von Rohstoffen und billiger Energie zu lösen, sondern auch das vorhandene intellektuelle Potential Russlands für neue und bessere Verfahren und Produkte nutzbar zu machen. Von Regierungsseite wäre eine Erleichterung des Visa-Regimes, gerade für junge Russen, die in Deutschland und Europa studieren und arbeiten wollen, wünschenswert.

Die Frage der europäischen Sicherheit

Eine Strategie für die künftige Entwicklung der Beziehungen zu Russland darf Sicherheitsaspekte nicht vernachlässigen. Russland ist nicht länger ein militärischer Feind, auf dessen Abwehr alle verfügbaren Mittel kon-

zentriert werden müssen. Auch von einem neuen kalten Krieg zu sprechen, scheint verfehlt. Unglücklicherweise haben aber frühere deutsche Regierungen die Sorge unserer neuen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa vor wirtschaftlichen und militärischen Konfrontationen mit Russland als Hirngespinnste abgetan. Das Risiko einer tatsächlichen Konfrontation mag gering sein. Die möglichen verheerenden Auswirkungen sollten aber Grund genug auch für Deutschland sein, zur Verhinderung einer Konfrontation seinen neuen Partnern in begrenztem Umfang mit militärischen Fähigkeiten zur Seite zu stehen. Russlands Georgien-Feldzug hat gezeigt, dass Russland vor dem Einsatz militärischer Gewalt in seiner Nachbarschaft nicht zurückschreckt. Die Aufstellung von Verteidigungsplänen für das Baltikum und die mittel- und osteuropäischen Bündnispartner sowie die regelmäßige Veranstaltung von Manövern auf deren Territorien sind daher das Mindeste, was von der Allianz erwartet werden muss, um das Vertrauen der neuen und prospektiven NATO-Mitglieder in die Fähigkeiten der Organisation zu stärken.

Ein solcher Ansatz wird von Seiten russischer Offizieller den Vorwurf provozieren, es fände eine Aufrüstung gegen das russische Volk statt. Um diesem Einwand entgegenzutreten, sollte Deutschland das geplante Raketenabwehrsystem mit Nachdruck als Projekt für eine stärkere Kooperation zwischen Europa, den Vereinigten Staaten und Russland vorantreiben. Ein ohne oder gar gegen Russland entwickeltes Raketenabwehrsystem wäre ein finanzieller, technischer und politischer Albtraum. Ein trilaterales Programm dagegen könnte tatsächlich effektiven Schutz gegen Angriffe kleiner Nuklearmächte bieten und wäre geeignet, die Last von Aufbau und Unterhalt auf breite Schultern zu verteilen. Nicht zu vergessen das Signal an Russland, dass bei allen Differenzen Russland in Sachen nuklearer Rüstung großes Vertrauen entgegengebracht wird.

Ergänzt werden sollte dieser Prozess um weitere Schritte zur Kontrolle konventioneller Fähigkeiten, um auf mittlere Sicht gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Es darf keine Missverständnisse über die tatsächlichen Fähigkeiten der Beteiligten geben. Dagegen sollte Russland auf absehbare Zeit kein Stimmrecht in europäischen Sicherheitsfragen zukommen – es wird ohnehin Jahre dauern, bis sich die Europäische Union in diesem Bereich hinreichend aufgestellt hat. Ein Russland, dem über Konsultationen hinaus ein Mitspracherecht eingeräumt wäre, könnte diesen Prozess enorm verzögern.

Über den Autor

Philipp Große studiert Rechtswissenschaften in Bonn.

Für eine Reform des westlichen Russlanddiskurses

Alexandra Vasileva, Berlin

Zusammenfassung

Entgegengesetzte Außenpolitikdiskurse verursachen Spannungen und Missverständnisse in russisch-westlichen Beziehungen. Um eine konstruktive Partnerschaft mit Russland zu fördern, sollte der Westen seinen Diskurs anpassen.

Russland und der Westen – Zeit für eine neue Politik?

Russland und der Westen stehen in keinem manifesten Konflikt zueinander. Im Gegenteil, die beiden Akteure sind durch eine Vielzahl von institutionalisierten Beziehungen vernetzt und kooperieren in Bereichen wie Energie, Sicherheit, Bildung und Forschung. Nach der Auflösung der UdSSR hatte Russland eine klare pro-westliche Haltung eingenommen. Jedoch ist in den letzten Jahren, insbesondere seit der Machtübernahme Putins, das Verhältnis Russlands zu seinen westlichen Partnern immer häufiger von Spannungen und Missverständnissen überschattet worden.

Zum einen hat der Westen mit zunehmender Intensität die russischen Demokratiedefizite, wie Menschenrechtsverletzungen, politisch motivierte Morde an Journalisten, sowie die stark interessengelenkte Erdgaspolitik kritisiert. Des Weiteren haben die Kriege in Tschetschenien, der wiederholte Gasstreit mit der Ukraine und Belarus sowie zuletzt der Georgienkonflikt zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen. Auf der anderen Seite wächst die Besorgnis in der russischen Politik über die Auferlegung westlicher Werte ebenso wie über den wachsenden Einfluss der USA und der Europäischen Union auf die postsowjetischen Länder. All dies hat zu einer Eintrübung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen in der jüngeren Vergangenheit geführt.

Somit stellt sich die Frage, ob und wie der Westen seine Politik gegenüber Russland anpassen könnte, um die Spannungen der letzten Jahre zu überwinden. Im Folgenden werden die wichtigsten Problemfelder der bisherigen Beziehung identifiziert und Lösungsvorschläge für eine Verbesserung der Beziehungen dargestellt.

Energie, Interessenkonflikte und westliche Uneinigkeit

Bei näherer Betrachtung der russisch-westlichen Beziehungen können im Wesentlichen drei Themenfelder aufgewiesen werden, die für die Spannungen verantwortlich sind: die Energiesicherheit, die Kollision von Interessen im postsowjetischen Raum und das Fehlen einer einheitlichen Linie in der westlichen Politik.

Zunächst zur Energie: Russland hat großes Interesse daran, die Position des führenden Öl- und Gaslieferanten für Europa beizubehalten. Zwei Drittel der russischen Energieexporte gehen nach Europa. Hierbei zeigt sich, dass die EU stärker von diesem Geschäft abhängig ist als Russland. Insbesondere nach dem Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine versucht Europa daher die Energieimporte zu diversifizieren. Hinzu kommt das Problem der unterschiedlichen Abhängigkeiten vom russischen Öl und Gas. In einigen EU-Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel Slowenien, wird der Energiebedarf zu fast 100 % durch russische Importe gedeckt, andere Mitgliedstaaten beziehen überhaupt kein Öl und Gas aus Russland. Diese Konstellation erschwert das Finden einer gemeinsamen politischen Linie der EU.

Die westlichen Staaten pflegen aufgrund ihrer jeweiligen Geschichte unterschiedlich intensive Beziehungen zu Russland. Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien haben traditionell starke politische und ökonomische Bindungen mit Russland und gehören eindeutig zu den Befürwortern einer Zusammenarbeit. Osteuropäische Staaten hingegen leiden immer noch unter den Folgen der Sowjetherrschaft und stehen einer engeren Kooperation mit Russland kritisch gegenüber. Als Beispiel hierfür kann Polens blockierende Haltung während der Verhandlungen über das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland im Jahr 2006 angeführt werden, die auch als politische Antwort auf das von Russland auferlegte Embargo gegen polnisches Fleisch zu verstehen war. Der relativ schnelle NATO-Beitritt der osteuropäischen und der Baltischen Staaten ist ein Ausdruck des distanzierten Verhältnisses zu Russland.

Der Interessenkonflikt im postsowjetischen Raum hat ebenfalls für Spannungen zwischen Russland und dem Westen gesorgt, die sich 2008 während des Georgienkrieges dramatisch zugespitzt haben. Das Territorium, das den Südkaukasus, Zentralasien, die Ukraine, Belarus und die Republik Moldau einschließt, wird von der EU als »gemeinsame Nachbarschaft« und von den USA als strategisches Gebiet aufgefasst. Russland hingegen sieht das Gebiet als eigene privilegierte Einflusszone an. Russland interpretiert daher die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Östliche Partnerschaft und beson-

ders die NATO-Erweiterung als Verletzung der eigenen Einflusszone. Die in Aussicht gestellte Aufnahme des traditionellen russischen Verbündeten Belarus in die Östliche Partnerschaft hat eine besonders heftige Reaktion seitens Russlands provoziert. Das Hauptergebnis lag darin, dass das Aufnahmeversprechen unter der Bedingung gegeben wurde, dass Belarus die abtrünnigen georgischen Republiken Abchasien und Südossetien nicht anerkennen würde.

Der Konflikt der außenpolitischen Diskurse

Was waren die politischen Fehlentscheidungen, die für die Spannungen in russisch-westlichen Beziehungen verantwortlich sind? Der vorliegende Essay vertritt die Auffassung, dass die bisherige Politik wegen eines wenig offensichtlichen Grundes fehlgeschlagen ist: der Unvereinbarkeit zwischen dem russischen und dem westlichen Außenpolitikdiskurs. Was sind Diskurse und warum machen sie den Kern des Konflikts aus? Was kann Deutschland in Bezug auf die Diskurse unternehmen, um die russisch-westlichen Beziehungen zu verbessern?

Außenpolitikdiskurse basieren auf Ideen, Werten und Normen, die das Verständnis vom Angemessenen in internationalen Beziehungen prägen. Reden der Staatsoberhäupter, offizielle außenpolitische Dokumente, Medienberichte sowie die öffentliche Meinung bilden den außenpolitischen Diskurs in einem Land.

Die Außenpolitikdiskurse von Russland und dem Westen sind diametral gegensätzlich. Der Westen gründet seine Außenpolitik auf einem Integrationsdiskurs, welcher auf Kooperation, politische und ökonomische Integration sowie auf demokratische Werte, wie Freiheit und Menschenrechte, setzt. Dieses Verständnis von Außenpolitik sieht das teilweise Abtreten der nationalen Souveränität zugunsten eines gemeinsamen Zieles vor, zum Beispiel für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Russland hingegen hat eine radikal andere Auffassung von der internationalen Politik. Die wichtigste Norm im russischen Außenpolitikdiskurs ist die ungeteilte Souveränität des Landes oder die Nichteinmischung Dritter in innere Angelegenheiten. Eine Integration durch das Abtreten von Souveränität an eine supranationale Organisation ist praktisch unvereinbar mit diesem stark am politischen Realismus angelegten Verständnis von internationalen Beziehungen. Folglich hat Russland in kontroversen Situationen, wie im Tschetschenienkrieg, bei allen Menschenrechtsverletzungen und sogar im Konflikt mit Georgien darauf gepocht, dass dies Russlands interne Angelegenheiten wären. Westliche Kritik wurde als Einmischung in innere Angelegenheiten und als Verletzung der staatlichen Souveränität interpretiert.

Zeit für einen neuen westlichen Diskurs

Was kann der Westen an seiner Politik verändern, um die Beziehungen zu Russland zu verbessern? Die einzige nachhaltige Lösung wäre die Veränderung des Außenpolitikdiskurses. Dieser Lösungsansatz mag auf den ersten Blick unerheblich erscheinen – jedoch zeigt das Beispiel der USA, dass Diskurse durchaus Einfluss auf die Politik haben und sogar einen politischen Kurswechsel herbeiführen können. Als Barack Obama Präsident wurde, sprachen Beobachter vom »frischen Wind« im Weißen Haus, auch im Sinne einer auffälligen Veränderung der politischen Rhetorik. Obama vermied neo-konservative Ausdrücke der Bush-Doktrin wie »Achse des Bösen«, »islamische Gefahr« oder »Krieg gegen den Terror«. Der Hintergrund dieses Diskurswechsels, der von Obamas Beratern sicherlich gründlich durchdacht wurde, ist, dass Ideen und Worte eine gestaltende Wirkung haben können. Internationale Politik wird nicht nur durch pragmatische Interessen und militärische Macht geformt, sondern auch durch Sprache und Gedanken.

Deutschland könnte den Neustart der westlich-russischen Beziehungen initiieren, da es von allen westlichen Staaten die am besten etablierten Beziehungen zu Russland hat. Doch wie genau könnte Deutschland agieren, damit der Gegensatz zwischen dem westlichen normativen Integrationsdiskurs und dem russischen realpolitischen Souveränitätsdiskurs die Kooperation nicht länger erschwert?

Deutschland könnte die EU und die USA von der Notwendigkeit einer neuen Rhetorik überzeugen, die frei von früheren Missverständnissen und Gegensätzen wäre. Die diskursive Anpassung könnte einen Neuanfang in den russisch-westlichen Beziehungen bedeuten und würde eine konstruktive Partnerschaft fördern. Der neue westliche Ansatz sollte

- die Kritik an der russischen Innenpolitik sensibler dosieren, da diese Kritik von russischer Seite als aufdringlich, wenn nicht gar unrechtmäßig empfunden wird und somit eine Partnerschaft auf Augenhöhe verhindert;
- wirksame Kooperationsanreize statt normativer Konditionalität anbieten, wie zum Beispiel Visaerleichterungen, eine Freihandelszone oder Zusammenarbeit an den gemeinsamen Grenzen. Normative Konditionalität, wie zum Beispiel Forderungen nach mehr Demokratie, Transparenz und Menschenrechten, sind ohne Anreize wenig Erfolg versprechend, und es ist unwahrscheinlich, dass Russland den ersten Schritt hin zu einer Annäherung machen würde;
- russische Interessen im postsowjetischen Raum respektieren, unter anderem durch den Verzicht auf die NATO- und die EU-Erweiterung, da diese als

- Ausgrenzung Russlands wahrgenommen werden könnten;
- mit Russland und den anderen postsowjetischen Staaten unter gleichen Bedingungen kooperieren und auf doppelte Standards verzichten (gleiche Anreize und wirtschaftliche Privilegien für alle Partner);
 - ein gemeinsames UN-Mandat für Südossetien, Abchasien, Berg Karabach und Kirgisien initiieren, um die Konflikte gemeinsam zu lösen und somit über das Nullsummenspiel in der gemeinsa-

men Nachbarschaft hinaus zu gehen. Deutschland könnte diese Zusammenarbeit durch seinen derzeitigen Sitz im UN-Sicherheitsrat vermitteln. Eine vielversprechende Lösung der Probleme in den russisch-westlichen Beziehungen liegt in der gestalterischen Macht der Ideen und der Außenpolitikdiskurse. Sobald der Westen mit der politischen Hilfe Deutschlands anerkennt, dass ein durchdachtes *Framing* von Außenpolitik durch neue Diskurse die verhärteten Fronten aufweichen kann, steht einer verbesserten und konstruktiven Partnerschaft mit Russland nichts mehr im Weg.

Über die Autorin

Alexandra Vasileva hat Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Universität van Amsterdam studiert (Bachelor) und absolviert nun das Masterprogramm in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

UMFRAGE

Russische Selbstbilder

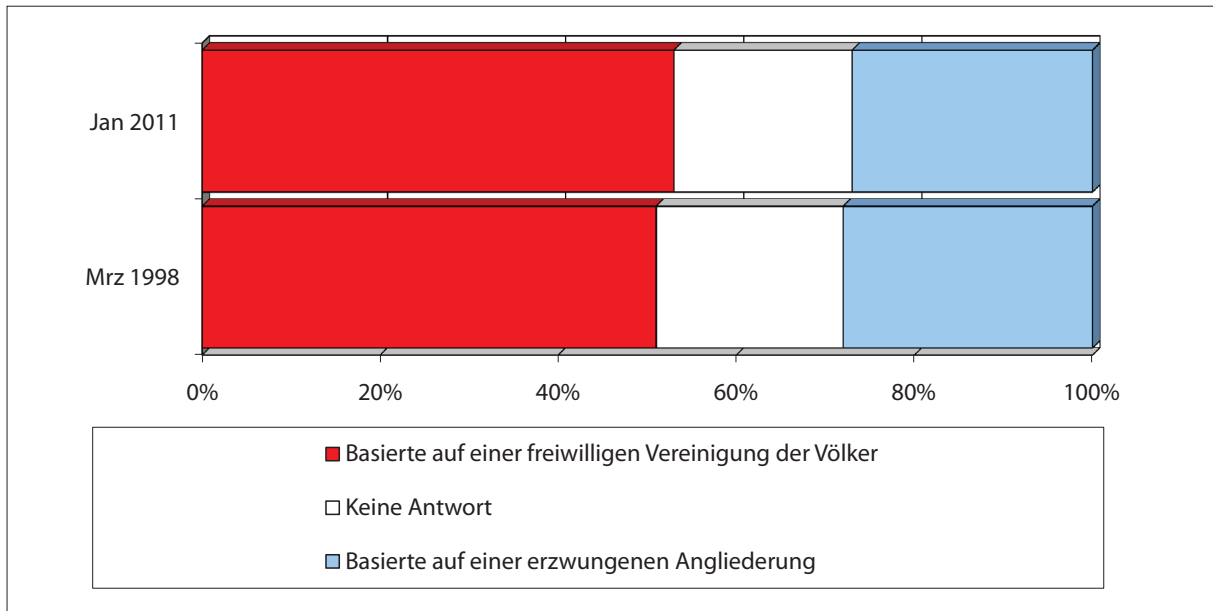
Der »russische Weg« und das russische Imperium

Tabelle 3: Was fällt Ihnen zuallererst bei dem Begriff »russischer Sonderweg« ein? (Januar 2011)

Wirtschaftliche Entwicklung des Landes, jedoch mit größerer Rücksicht auf die Menschen statt auf Gewinne und Interessen der »Herrschaft«	39 %
Politische Berücksichtigung einer geistigen, moralischen Seite in der Beziehung zwischen Staat und Bürger	19 %
Diskrepanz von Werten und Traditionen zwischen Russland und dem Westen	16 %
Dominanz der Interessen der Herrschenden über denen der Bevölkerung	9 %
Bereitschaft zur Selbstaufopferung der Bevölkerung für die Größe des russischen Staates	8 %
Notwendigkeit, Faktoren wie eine feindliche Umgebung und die Gefahr eines Überfalls permanent zu berücksichtigen	5 %
Keine Ahnung, was der Ausdruck »Sonderweg« genau bedeutet, dazu fällt mir nichts ein	15 %
Nichts davon gehört	11 %
Die Entwicklung Russlands sollte sich nicht von der Entwicklung anderer Länder unterscheiden	6 %
Keine Antwort	7 %

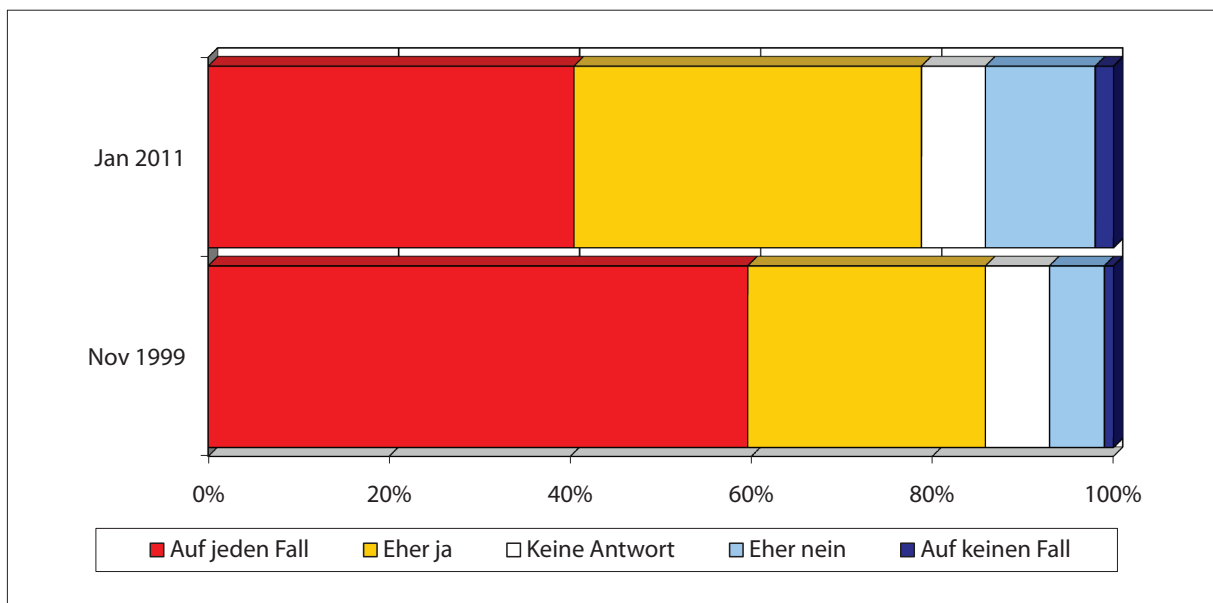
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Januar 2011 <http://www.levada.ru/press/2011020902.html>

Grafik 13: Basierte das Russische Imperium auf dem freiwilligen Zusammenschluss der Völker oder bildete sich das Imperium in Folge von Eroberungskriegen und der gewaltsamen Angliederung einzelner Regionen und Völker an das Zentrum?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Januar 2011 <http://www.levada.ru/press/2011020902.html>

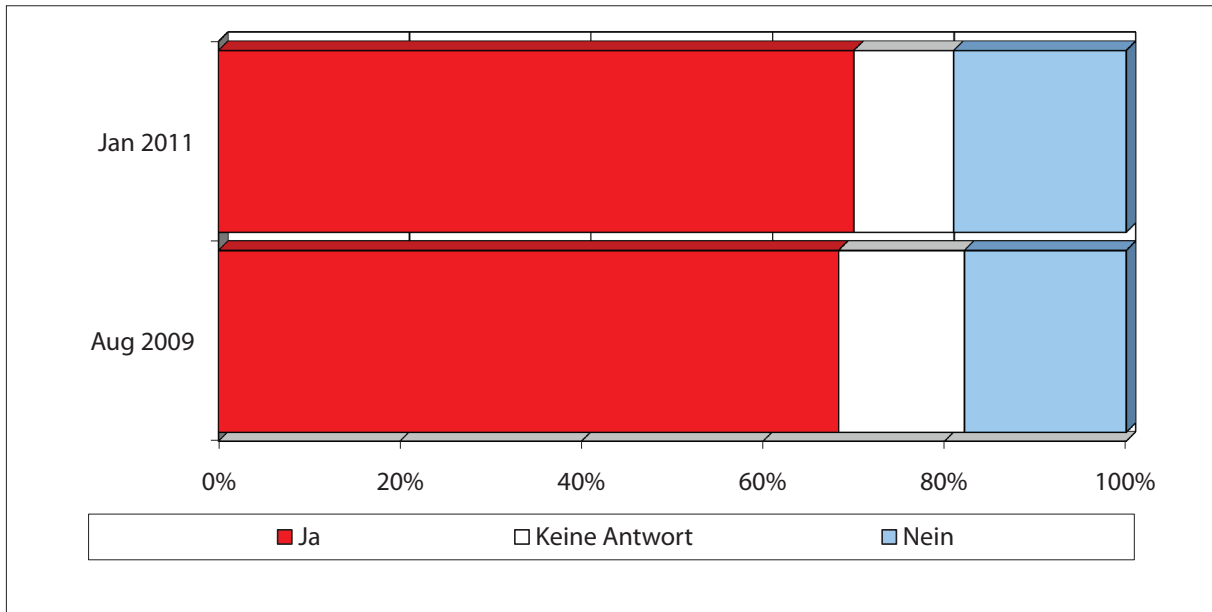
Grafik 14: Sollte Russland seinen Status als großes Imperium wiederherstellen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Januar 2011 <http://www.levada.ru/press/2011020902.html>

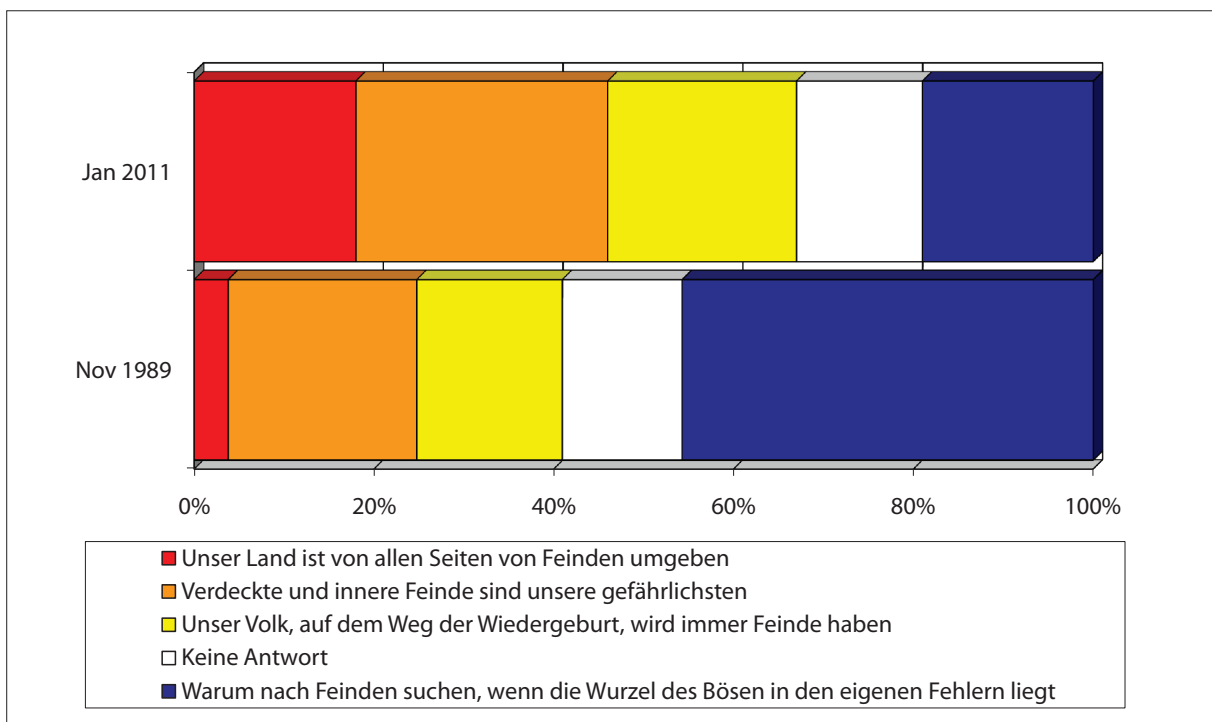
Hat Russland Feinde?

Grafik 15: Hat das heutige Russland Feinde?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Januar 2011 <http://www.levada.ru/press/2011020302.html>

Grafik 16: Gibt es Feinde unseres Volkes, unseres Landes?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Januar 2011 <http://www.levada.ru/press/2011020302.html>

Tabelle 4: Wen würden Sie als Feind Russlands bezeichnen?

	August 2009	Januar 2011
Tschetschenische Kämpfer	47 %	48 %
USA	51 %	40 %
NATO	34 %	32 %
Gewisse politische Kräfte des Westens	19 %	30 %
Islamisten, Anhänger eines fundamentalistischen Islams	15 %	27 %
Oligarchen, Bankiers	19 %	20 %
Ehemalige Unionsrepubliken der UdSSR (Baltikum, Ukraine, Georgien u. a.)	38 %	20 %
Separatisten innerhalb Russlands	10 %	15 %
China	13 %	13 %
Länder des ehemaligen Sozialistischen Lagers (Polen, Ungarn, Tschechien u. a.)	7 %	9 %
Zionisten	4 %	8 %
Die aktuellen Machthaber	7 %	7 %
Russophobe, Westler	2 %	6 %
Nationalpatrioten	2 %	3 %
Demokraten-Reformer	3 %	5 %
Kommunisten	3 %	4 %
Liberale	2 %	1 %
Andere	2 %	1 %
Keine Antwort	5 %	3 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Januar 2011 <http://www.levada.ru/press/2011020302.html>

Vom 11. bis zum 24. Februar 2011

11.02.2011	Sergej Lawrow, russischer Außenminister, spricht sich für die Einsetzung einer japanisch-russischen Historikerkommission zu den umstrittenen Kurileninseln aus.
11.02.2011	Ein Gericht in Tomsk verurteilt einen ehemaligen Milizionär wegen Misshandlung eines Journalisten mit Todesfolge zu 12 Jahren Haft.
14.02.2011	Die offizielle Arbeitslosenquote in Russland ist im Jahr 2010 von 8,2 auf 7,2 % gesunken. Die höchste Arbeitslosigkeit wird in Inguschetien (48,8 %) und Tschetschenien (43,3 %), die niedrigste in Moskau (1,1 %) und Sankt Petersburg (2,2 %) registriert.
14.02.2011	Natalja Wasilewa, Pressesprecherin des Moskauer Chamownitschesker Gerichts und Assistentin des vorsitzenden Richters Viktor Danilkin teilt in einem Interview mit, dass Danilkin im Prozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew unter Druck gestanden habe und das Urteil nicht selbst geschrieben, sondern es aus dem Moskauer Stadtgericht, der nächsthöheren Instanz, erhalten habe. Danilkin und das Moskauer Stadtgericht weisen die Vorwürfe zurück und sprechen von Verleumdung.
14.02.2011	In Gubden (Dagestan) werden bei Selbstmordanschlägen auf den örtlichen Polizeiposten sowie auf einen Kontrollposten zwei Angehörige der Sicherheitskräfte getötet und 27 weitere zum Teil schwer verletzt.
16.02.2011	Sergej Sobjanin, Bürgermeister von Moskau, erklärt sich bereit, den Parteivorsitz von »Einiges Russland« in Moskau zu übernehmen. Wladimir Putin, Premierminister und Vorsitzender der Partei hatte den Moskauer Bürgermeister am Vortag für das Amt vorgeschlagen. Am 2. März findet ein außerplanmäßiger Parteitag der Moskauer Abteilung von »Einiges Russland« statt, auf dem der Vorsitz voraussichtlich offiziell bestätigt wird.
17.02.2011	Alexander Bastrykin, Vorsitzender des Strafverfolgungskomitees von Russland, gibt bekannt, dass sich im Jahr 2010 die Zahl der Verbrechen um 12 % reduziert, die nachgewiesenen Korruptionsfälle dagegen um 42 % erhöht haben.
17.02.2011	Das kirgisische Parlament stimmt mit großer Mehrheit dafür, einen 4.446 Meter hohen Berg im Tian Shan Gebirge nach Wladimir Putin zu benennen.
17.02.2011	Ab dem 1. Januar 2013 müssen ausländische Staatsbürger, die eine Arbeitserlaubnis in Russland erhalten möchten, ihre Fingerabdrücke und andere biometrische Daten abgeben.
17.02.2011	Das EU-Parlament verabschiedet eine Resolution zur Rechtsstaatlichkeit in Russland, in der die zweite Verurteilung von Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew, das Verfahren gegen Oleg Orlow und die Untersuchungen des Todes von Sergej Magnizkij kritisiert werden. Im Gegensatz zu vorherigen Entwürfen fällt die Kritik in der verabschiedeten Version jedoch deutlich milder aus.
18.02.2011	Bei einem Überfall auf einen Kleinbus auf dem Weg in das Skigebiet Prielbruse (Kabardino-Balkarien) werden drei Touristen aus Moskau getötet, zwei weitere verletzt.
21.02.2011	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt per Erlass den stellvertretenden Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), Wjatscheslaw Uschakow.
21.02.2011	Alexander Mochow, Staatsanwalt im Moskauer Gebiet, und einige seiner Mitarbeiter werden wegen Verbindungen zum Spielbankgeschäft im Gebiet Moskau ihrer Ämter enthoben. Das Strafverfolgungskomitee der Russischen Föderation, eine seit kurzem von der Generalstaatsanwaltschaft unabhängige Behörde, ermittelte gegen die Personen.
22.02.2011	Jelena Panina, Vorsitzende von »Einiges Russland« in Moskau, tritt von ihrem Amt zurück. Am 16. Februar erklärte der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin auf Vorschlag von Wladimir Putin seine Bereitschaft, das Amt zu übernehmen.

22.02.2011	Bei Gefechten zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern im Rayon Elbrus (Kabardino-Balkarien) wird ein Wehrdienstleistender getötet und sechs weitere Sicherheitskräfte zum Teil schwer verletzt. Mitteilungen über drei getötete Untergrundkämpfer werden nicht offiziell bestätigt.
22.02.2011	Dmitrij Medwedew trifft für einen Überraschungsbesuch in Wladikawkas (Nordossetien) ein. Nach einem Besuch in Beslan leitet er eine Sitzung des Nationalen Terrorbekämpfungskomitees.
23.02.2011	Das russische Katastrophenschutzministerium gibt bekannt, dass wegen der Unruhen in Libyen alle russischen Staatsbürger aus dem Land ausgeflogen wurden.
24.02.2011	Ein Beamter der Moskauer Technikinspektion wird wegen Erpressung und der Annahme von Bestechungsgeldern zu neun Jahren Haft verurteilt.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de